



Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Donnerstag, 18. September 2025 · Nr. 217 / 38 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,90 € F.A.Z. im Internet: faz.net

Junge Union kritisiert Rentenpaket

dc. BERLIN. In der CDU wächst der Widerstand gegen das vom Bundeskabinett beschlossene Rentenpaket. Der Vorsitzende der Jungen Union, Johannes Winkel, kritisierte dieses im Gespräch mit der F.A.Z. als „nicht enkelfähig“ und forderte grundlegende Korrekturen, um ihm im Bundestag zustimmen zu können. Der vorliegende Entwurf gehe im Hinblick auf das geplante Ausschalten des sogenannten Nachhaltigkeitsfaktors „sogar über den Koalitionsvertrag hinaus“, kritisierte er. Der Faktor bewirkt, dass die Renten langsamer steigen, wenn es mehr Rentner und weniger Zahler gibt. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sieht vor, ihn für die Jahre 2026 bis 2031 auszusetzen. Zwar stellte Winkel dies nicht infrage. Doch löse der Gesetzentwurf nicht den zweiten Teil der Koalitionsvereinbarung ein, der darin bestehe, der jungen Generation durch diesen befristeten Eingriff keine dauerhaften Mehrkosten zuzumuten. Der Regierungsentwurf weist bis zum Jahr 2040 Mehrausgaben von insgesamt 200 Milliarden Euro aus. Am Wochenende hatten Baden-Württembergs Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) und Winkels Fraktionskollege Pascal Reddig dieses Vorhaben deutlich kritisiert. (Siehe *Wirtschaft*, Seite 18.)

Keep Calm and Carry On



Ultimativ geehrt – Donald Trump traut es sich zu, heikle Termine auch ohne *Briefing Book* zu meistern. Er las wohl noch nicht einmal einen jener London-Führer, die Touristen davor warnen, die vermeintliche Stillhaltepflicht königlicher Gardesoldaten durch Faxen in nächster Nähe zu testen. In

Windsor ging dennoch alles gut: König Charles empfing den Besucher auftragsgemäß „mit Zeremoniell, Tradition und Wärme“. Nur der Epstein-Diaabend auf dem Schlossturm war wohl nicht ganz das, was Trump gemeint hatte, als er „wundervolle Bilder“ versprach. **Seiten 5, 10 und 14** Foto AP

Ungelegte Eier

Von Jasper von Altenbockum

Schon die Korrektur der Nominierung einer Richterin für das Bundesverfassungsgericht deutete es an, die Generaldebatte im Bundestag hat es nun noch einmal bestätigt: Diese Koalition will, so Friedrich Merz in seiner Grundsatzrede, die mehr war als das Herunterbeteten eines Leistungskatalogs, wirklich Großes erreichen und setzt dabei auf Geschlossenheit. Nur an einer Stelle deutete Merz leise Kritik am Koalitionspartner an, als er es für verfehlt bezeichnete, die Sozialversicherungen stabilisieren zu wollen, indem man die Vermögenden zur Kasse bitte. Ansonsten sprach da wieder der Kanzler des Politikwechsels, der sich seiner Sache sehr sicher ist.

Aber auch das wurde aus der Debatte am Mittwoch klar: Wie das Große aussehen soll, weiß noch keiner so recht. Nicht die CDU/CSU, die Rente, Pflege, Klima, Soziales umkrempeln und dabei auch Zumutungen beschließen will, aber bislang nicht sagt, wie und wo genau; und auch die SPD nicht, die das alles auch will, nur die Zumutungen nicht. Kon-

kret wird es erst, wenn die von der Koalition beauftragten Kommissionen ihre Arbeit gemacht haben. Im Dezember könnten Vorschläge für den Sozialstaat vorliegen. Erst dann geht es um die Glaubwürdigkeit der Koalition und des Kanzlers: Was machen sie daraus?

Bis dahin sind es ungelegte Eier, auf die sich die Opposition stürzt – mit Ausnahme der schon gebrochenen Wahlversprechen, des „CDU-Umfalens“, wie es die AfD bezeichnet und ausschaltet. Alice Weidel wartete zudem genüsslich auf die Empörung in rot-grünen Reihen, die nach der Erwähnung von Charlie Kirk und noch vor dem Vorwurf der „Kriegstreiberei“ gegen Merz reflexhaft kam. Julia Klöckner rief zur Ordnung, nachdem ein „Nazi“-Zwischenruf Weidel gestört hatte. Nicht jeder im Bundestag hatte da offenbar bemerkt, dass sie gerade ein Programm vortrug, das in der Sozial-, Migrations- und Ukrainepolitik nicht etwa radikal ablehnt, was andere im Bundestag fordern, sondern radikal überbietet. Wer da „Nazi“ rief, klagt sich selbst an.

Nicht nur Männersache

Von Tatjana Heid

Als die junge Bundesrepublik über die Einführung einer Wehrpflicht diskutierte, erschien am 9. November 1955 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung der Bericht eines Bonner Korrespondenten. In ihm erklärte die Vorsitzende des Hausfrauenbundes, Fini Pfnanes, nach einer längeren Unterredung mit Familienminister Franz-Josef Wuermeling: „Wir lehnen Frauen in Uniform, die kaserniert oder als Kader aufgestellt werden sollen, ab.“ Der Minister versicherte umgehend, dass eine Dienstverpflichtung oder gar eine Wehrpflicht von Frauen keinesfalls erwogen werde. Einig schienen sich alle besonders in einem Punkt zu sein: dass die Vollzeitbeschäftigung der Hausfrau mit Kindern abzulehnen sei.

Siebzig Jahre später diskutiert Deutschland wieder über einen Wehrdienst, wieder geht es auch um die Frage, welchen Beitrag Frauen zu leisten haben. Die Bundesregierung setzt auf Freiwilligkeit. Eine Dienstpflicht soll es nicht geben, für niemanden. Dafür gibt es einen Fragebogen zu Tauglichkeit und Motivation. Männer müssen ihn ausfüllen, Frauen dürfen. Gemustert werden folgerichtig vor allem Männer, die weiterhin die Masse der Wehrdienstleistenden stellen dürften. Im Grundgesetz heißt es unverändert, dass Frauen „auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden“ dürfen.

Das ist aus der Zeit gefallen. Zum einen unterscheidet sich die Rolle von Frauen in der Gesellschaft grundlegend von der Anfangszeit der Bundesrepublik. Die Vollzeitbeschäftigung von Müttern ist kein Tabu mehr. Die reine „Hausfrau“ gibt es immer seltener, schon das Wort ist aus dem Sprachgebrauch nahezu verschwunden. Frauen sind in Berufen angekommen, die lange als Männerdomäne galten. Und sie stellen immer mehr Führungskräfte.

Unsere Gesellschaft lebt nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung – und beides gilt überall und für alle. Andersherum gesagt: Gleichberechtigung und Gleichbehandlung fallen nicht unter die Rubrik „Wünsch dir was“. Das zumindest sollte unser Anspruch sein. Nimmt man den Wehrdienst aus diesem Anspruch heraus, etwa mit der Rechtfertigung, dass immer noch bestehende Nachteile durch einen Pflichtdienst verschärft werden könnten, ändert das erst einmal nichts an ebenjenen Ungleichheiten.

Vielleicht könnte, im Gegenteil, ein Wehrdienst, der auf Frauen wie auf Männer zurückgreift, die Gleichstellung sogar beschleunigen – weil Frauen in einem weiteren Bereich der Gesellschaft stärker vertreten

sein würden, der eigentlich als Männerbasion gilt. Und das, obwohl sich die Bundeswehr schon vor einem Vierteljahrhundert vollständig für Frauen geöffnet hat. Nebenbei könnte die Wertschätzung freiwillig dienender Frauen erhöht werden.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Bundeswehr sich stärker auf Frauen einstellt: personell, strukturell, mental. Zum Beispiel müssten Frauen gezielter angesprochen werden. Die Vereinbarkeit von Dienst und Familie müsste verbessert werden. Und Fälle von Sexismus müssten glaubhaft geahndet werden. Es brauchte mehr Frauen in höheren Dienstgraden – und weibliche Vorbilder. In Norwegen etwa absolvierte Prinzessin Ingrid Alexandra, die

Auch in der Verteidigung gelten Grundsätze von Gleichberechtigung und Gleichbehandlung.

Zweite in der Thronfolge, bis April dieses Jahres ihren Wehrdienst. Das Königshaus selbst veröffentlichte mehrere Fotos.

Überhaupt zeigt ein Blick in andere Länder, dass ein Pflichtdienst für Frauen funktionieren kann: Israel hat die Wehrpflicht für beide Geschlechter seit der Staatsgründung. In Dänemark können Frauen, die nach dem 1. Juli dieses Jahres volljährig geworden sind, in die Armee eingezogen werden. Und Norwegen kennt seit zehn Jahren eine Dienstpflicht für Frauen. Für den Grundwehrdienst gibt es dort mehr Interessierte als Plätze. Ist das nicht erstrebenswert?

Eine modernere und familienfreundlichere Bundeswehr könnte die Attraktivität der Truppe hierzu-lande erhöhen und mehr Bewerber – und Bewerberinnen – ansprechen. Wenn Freiwilligkeit gilt, ist das umso notwendiger. Denn wenn das nun von Schwarz-Rot erdachte Modell funktionieren soll, dann muss das Angebot besser werden.

Wir leben in einer Zeit, die alles andere als friedlich ist, und Deutschland hat sich lange schwergetan, das anzuerkennen. Beginnt die Bundeswehr schon jetzt, Frauen wie selbstverständlich in ihre Planungen für einen wie auch immer gearteten Pflichtdienst einzubeziehen – und sei es erst mal nur, indem sie wie alle Männer einen Fragebogen ausfüllen müssen –, muss sie nicht damit anfangen, wenn ihr der Ernstfall keine andere Wahl mehr lässt. Hinzu kommt die Signalwirkung nach innen wie nach außen: Landesverteidigung ist nicht Männersache, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe gleichberechtigter Bürger.

Ein überfälliger Schnitt

Vor über 100 Jahren sollte die Staatsfinanzierung der Kirchen enden – trotzdem fließen jährlich Hunderte Millionen. **Staat und Recht**, Seite 7

Kein Schmiermittel mehr

Die Ukraine setzt Russland mit Angriffen auf Ölanlagen stärker zu, als es Moskau zugibt. Die Verbraucher spüren die Folgen. **Politik**, Seite 6

Dramatische Aussichten

Ein Mafioso an der Macht und die Gewehre im Anschlag: US-Ökonom Joseph Stiglitz über die Lage seiner Nation. **Feuilleton**, Seite 11

Meilenstein am Brenner

Italien und Österreich feiern: Der Zuggtunnel kommt sehr gut vorwärts – trotz Deutschland, das an vielen Ecken bremst. **Wirtschaft**, Seite 19

Dortmunder Lernschwäche

Das wilde 4:4 in Turin zeigt: Auch in der neuen Saison wirken beim BVB destruktive Kräfte. **Sport**, Seite 32

Stadt der Gourmets

Barcelona steht nicht nur für entfesselten Massentourismus, sondern ist auch das gelobte Land der Feinschmecker. **Reiseblatt**, Seite R 1

Briefe an die Herausgeber, Seite 21

Sieben Anklagepunkte wegen Attentat auf Kirk

sat. WASHINGTON. Der Staatsanwalt von Utah County hat offiziell Anklage gegen den mutmaßlichen Mörder des rechten Aktivisten Charlie Kirk erhoben. Am Dienstag verlas Jeff Gray die sieben Anklagepunkte gegen den Verdächtigen Tyler Robinson, unter anderem schwerer Mord und Behinderung der Justiz. Gray präsentierte auch Chatnachrichten, die die Behörden als Beweise sichergestellt hatten. Darin gab Robinson an, er habe Kirk erschossen, weil dieser Hass verbreitet habe. Vorher waren Robinson die Anklagepunkte in einer Anhörung eröffnet worden. (Siehe *Seite 3*.)

Keine Annäherung vor Streik in Frankreich

mic. PARIS. Der neue französische Premierminister Sébastien Lecornu hat am Mittwoch bei Gesprächen in Paris keine Annäherung an die Sozialisten erzielt. Der sozialistische Parteichef Olivier Faure zeigte sich einen Tag vor voraussichtlich massiven Gewerkschaftsprotesten wenig kompromissbereit. Er forderte „ein Ende der brutalen Sparmaßnahmen, eine höhere Besteuerung der großen Vermögen, mehr Kaufkraft und eine echte Ökonomie“. Es wird unter anderem mit zahlreichen Zugausfällen im Regionalverkehr und stark eingeschränktem Metroverkehr in Paris gerechnet. (Siehe *Seite 4*.)

USA und China vor Lösung für Tiktok

guth. FRANKFURT. Amerika und China haben offenbar eine Lösung für den Streit um die Videoplattform Tiktok gefunden. Beide Seiten gaben nach Verhandlungen in Madrid an, man habe sich auf einen Rahmen geeinigt. Diesen sollen nun die beiden Staatschefs Donald Trump und Xi Jinping am Freitag bestätigen. Die US-Version von Tiktok wäre Berichten zufolge künftig zu vier Fünfteln in der Hand amerikanischer Investoren. US-Politiker sehen Tiktok als Sicherheitsrisiko, weil sie befürchten, dass Peking die Daten von Amerikanern nutzt. (Siehe *auch Wirtschaft*, Seite 18.)

Verdächtiger im Fall Maddie auf freiem Fuß

bin. HANNOVER. Der deutsche Verdächtige im Fall des 2007 in Portugal verschwundenen britischen Mädchens Madeleine „Maddie“ McCann ist am Mittwoch aus der Haft in der Justizvollzugsanstalt Sehnde entlassen worden. Christian B. hatte eine mehrjährige Gefängnisstrafe wegen der Vergewaltigung einer 72 Jahre alten Frau verbüßt. Er wird von der Staatsanwaltschaft als Verdächtiger im Fall Maddie eingestuft, bislang wurde aber keine Anklage erhoben. B. muss nun eine Fußfessel tragen, zudem musste er seinen Reisepass abgeben. (Siehe *Deutschland und die Welt*.)

moja. BERLIN. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat die Notwendigkeit grundlegender Reformen in Deutschland betont. Es brauche einen neuen Konsens darüber, was Gerechtigkeit heutzutage heiße, sagte Merz am Mittwoch während der Generaldebatte im Bundestag. Bei CDU/CSU und SPD bestehe der Wille, in allen strittigen sozialpolitischen Fragen einen Konsens zu finden. Das betreffe auch die Rente, denn der Generationenvertrag müsse neu gedacht werden, sagte Merz. „Es geht darum, dass wir die Lasten so verteilen, dass unser Sozialstaat auch künftig funktioniert.“

Auch müssten die Strukturen bei der Kranken- und Pflegeversicherung verändert werden – sodass das Sicherungsversprechen des Staates weiterhin gelte, die

Beitragskosten für den Bürger und für Unternehmen aber auch nicht stiegen. „Den Kern unseres Sozialstaates können wir erhalten und stärken, wenn wir wieder zu Wachstum kommen.“

Vertreter der Opposition kritisierten Merz in der anschließenden Aussprache deutlich. Die Vorsitzende der AfD-Fraktion, Alice Weidel, bezeichnete die Migrationspolitik der Bundesregierung als „Alibimaßnahmen und Symbolpolitik“. Der Bundeshaushalt, der an diesem Donnerstag vom Bundestag verabschiedet werden soll, sei „ein zusammengeschusterter, verantwortungsloser Haushalt ohne Maß und Ziel, der kein einziges Problem löst, aber die Krise weiter auf die Spitze treibt“. Katharina Dröge, Vorsitzende der Grünenfraktion, nannte die

Pläne der schwarz-roten Regierung angesichts steigender Preise und Arbeitslosigkeit nicht ausreichend.

Der Bundesrechnungshof hat die Lage der Bundesfinanzen analysiert – mit einem ausgesprochen kritischen Ergebnis: „Wer plant, im Jahr 2026 fast jeden dritten Euro ‚auf Pump‘ zu finanzieren, ist von einer soliden Finanzwirtschaft weit entfernt.“ Skeptisch beurteilt der Rechnungshof die Wirkung der reformierten Schuldenregel. Der noch unveröffentlichte Bericht ging an den Haushaltsausschuss des Bundestags. An diesem Donnerstag will der Bundestag den Haushalt 2025 beschließen. Kommende Woche wird er erstmals über den Etat des nächsten Jahres beraten. (Siehe *Seite 3 und Wirtschaft*, Seite 17.)

SPD befürwortet Israel-Sanktionen der EU

Ahmetović: Blockade aufheben / Laschet: Von der Leyens Pläne spalten Europa

T.G./mawy. BRÜSSEL/BERLIN. In der Regierungskoalition spitzt sich der Streit über den Umgang mit Israel zu. Der CDU-Politiker und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Armin Laschet, äußerte am Mittwoch scharfe Kritik an neuen Sanktionsvorschlägen der EU-Kommission. Es sei „erschütternd“, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen „ihre unausgegorene Idee von Handelssanktionen gegen die einzige Demokratie im Nahen Osten durchzieht“, sagte Laschet der F.A.Z. Laschet forderte die Bundesregierung auf, die Politik von der Leyens im Rat zu stoppen. Ein solcher Schritt sei beispielsweise „er spaltet Europa“. Die geplanten Sanktionen gegen rechtsextreme Minister bezeichnete Laschet hingegen als „erforderlich und vertretbar“.

Die SPD hatte zuvor ihren Druck auf die Bundesregierung erhöht, EU-Sanktionen gegen Israel nicht weiter zu verhindern. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Adis Ahmetović forderte im Deutschlandfunk, Deutschland solle „seine Blockadehaltung aufheben, denn fast jeder andere europäische Staat tut das“. Berlin müsse in der Kritik an Israel „nicht der Lauteste“ sein, aber „den Weg freimachen“ für Strafmaßnahmen.

Die neuen Sanktionsvorschläge der EU-Kommission sehen vor, dass Israel seine Handelsvorteile aus dem Assoziierungsabkommen mit der EU verliert. Wie ein leitender Beamter darlegte, würde dies Zölle in Höhe von 227 Millionen Euro nach sich ziehen, wenn man die Importe aus dem Land im vorigen Jahr zugrunde

legt. Außerdem sollen zwei extremistische Minister aus der Regierung des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, drei gewalttätige Siedler und sechs Siedlerorganisationen sowie zehn Mitglieder des Hamas-Politbüros mit Reise-, Vermögens- und Geschäftssperren belegt werden. Die individuellen Listungen müssen von den EU-Staaten einstimmig beschlossen werden, für den Entzug der Handelsvorteile reicht eine qualifizierte Mehrheit. Allerdings käme sie faktisch nur zustande, wenn Deutschland diese Maßnahme unterstützt. Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas sagte, dass sich zwar die öffentliche Meinung hin zu weiteren Schritten verschiebe, nicht aber die politische Linie der Mitgliedstaaten. (Siehe *Seite 2; Kommentar Seite 10*.)



4 190295 403900 4 0038

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,70 € / Kanaren, Balearen 4,90 € / Schweiz 5,70 sfrs